



Anfragen: Herbstsession 2023

Direktion Nummer	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Justizleitung (JL)			
13	Hiltbold (Thun, Grüne)	Synergievernichtende Trennung der Schlichtungsbehörde Berner Jura von den übrigen Justizbehörden durch die Unterbringung in Courtelary statt in Reconvilier	3
Sicherheitsdirektion (SID)			
7	Gerber (Hinterkappelen, Grüne)	Datenleck bei der Polizei	4
10	Heyer (Perrefitte, FDP)	Projekt Infrastruktur für die Ausbildung im Bereich Feuerwehr/Zivilschutz	5
18	Ammann (Bern, AL)	Untersuchung des Gummischroteinsatzes von Biel vom 24. Februar 2023	6
21	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)	Wie viel Transparenz besteht hinsichtlich der für die automatisierte Fahrzeugfahndung verwendeten Software?	7
22	Ruch (Bern, Grüne)	Übertriebene Anwesenheitskontrolle Zentrum Gampelen	8
Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)			
4	Bohnenblust (Biel, FDP) (Sprecher/-in) Freudiger (Langenthal, SVP)	Grundbuchämter: Stand der Überprüfung und Anpassungen	9
Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)			
9	Gullotti (Tramelan, SP)	Wie stehts um den Radweg Tavannes–Tramelan?	10
12	Vanoni (Zollikofen, Grüne)	Klimabelastung durch die Umfahrung Wilderswil und andere Strassenbauten	11
15	Heyer (Perrefitte, FDP)	Bau- und Renovierungsarbeiten im Rahmen des Projekts Avenir Berne Romande: Einbezug von Unternehmen aus der Region	12
24	Jeanneret (Sankt Immer, FDP)	Garten und Mauer des Regierungsstatthalteramts Berner Jura in Courtelary – Stand und Kosten	13
25	Lindegger (Roggwil, Grüne)	Beschwerden blockieren die Verkehrssanierung Aarwangen	14
Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)			
14	Wandfluh (Kandergrund, SVP) (Sprecher/-in) Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Hundetaxe bei Herdenschutzhunden	15

16	Bossard-Jenni (Oberburg, EVP)	Katzenhaltung und deren negative Effekte auf Dritte	16
17	Pauli (Nidau, FDP)	KAE während COVID-Zeit: Welche Bearbeitungsfristen für die Nachzahlung auf Lohnanteilen für Ferien- und Feiertagsansprüche?	17
23	Ruch (Bern, Grüne)	Steigende Strompreise	18
27	Ruch (Bern, Grüne)	Mietzinse Kanton Bern	19

Staatskanzlei (STA) (Juradelegation des Regierungsrates JDR)

1	Knutti (Weissenburg, SVP)	Welche Aufgaben hat der Vizestaatsschreiber an Wandelhallenbesprechungen der Deputation?	20
---	---------------------------	--	----

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)

6	Bösiger (Niederbipp, SVP) (Sprecher/-in) Lerch (Langenthal, SVP) Leuenberger (Bannwil, SVP)	Aktuelle Situation der Kollektivunterkunft für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Wolfisberg	21
11	von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)	Küchenmaterial der psychiatrischen Klinik Bellelay	22
19	Roggli (Rüschegg Heubach, Die Mitte) (Sprecher/-in) Aebi (Hellsau, SVP)	Hilfsfristen Rettungshelikopter	23

Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)

3	Remund (Mittelhäusern, Grüne)	Lehre Solarinstallateurin und Solarinstallateur	24
5	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)	Zu wessen Lasten geht die Finanzierung des Neubaus fürs Kunstmuseum Bern?	25
20	Remund (Mittelhäusern, Grüne)	Wird der Mangel an Schulraum an den Gymnasien der Region Bern durch die Spez.-Sek. Lerbermatt verschärft?	26
26	Pichard (Biel, GLP)	Zahl der Lehrerinnen und Lehrer mit seminaristischer Ausbildung ohne NDS auf der Sekstufe I	27

Finanzdirektion (FIN)

2	Reinhard (Thun, FDP) Zurückgezogen am 31.08.2023	Verträge mit Leistungserbringern: Akzeptanz von Qualitätszertifikaten	28
8	Kohler (Meiringen, Grüne)	Einführung SAP	29

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Hiltbold (Thun, Grüne)

Beantwortung: JL

Synergievernichtende Trennung der Schlichtungsbehörde Berner Jura von den übrigen Justizbehörden durch die Unterbringung in Courtelary statt in Reconvilier

Laut Gesetz über die Organisation der Gerichtsbehörden (GSOG) kann die Schlichtungsbehörde die Infrastruktur des jeweiligen Regionalgerichts benützen (Art. 84 Abs. 3). Die Vorsitzenden der Schlichtungsbehörde sind zudem verpflichtet, beim jeweiligen Regionalgericht als Gerichtspräsidentin oder Gerichtspräsident auszuwirken (Art. 87 Abs. 1). In der Berner Justiz gibt es an den anderen Gerichtsstandorten sehr enge infrastrukturelle und personelle Zusammenarbeitsformen. Bei kleinen Einheiten, so wie im Berner Jura vorliegend, wäre zwecks Aushilfe und Infrastrukturbenutzung (Gerichtssäle, Besprechungsräume, Sicherheit, Logendienst, öffentliche Toiletten, Mitbenützung Fachbibliothek) eine Unterbringung im gleichen Gebäude erst recht sinnvoll und naheliegend.

Frage:

- Warum wird die Schlichtungsbehörde Berner Jura in Courtelary und nicht in Reconvilier untergebracht?

Verteiler

- Grosser Rat
- Justizleitung

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Gerber (Hinterkappelen, Grüne)

Beantwortung: SID

Datenleck bei der Polizei

Im Juli ist es bei der Polizei zu einem Datenleck gekommen. Die Namen und Telefonnummern von 2800 Polizistinnen und Polizisten wurden gestohlen. Dafür verantwortlich war eine Schwachstelle in der Applikation (MobileIron), welche die Verbindung zwischen Smartphones oder Laptops im Aussendienst und den Servern von Firmenzentralen sicherstellen soll. Diese Applikation soll in den nächsten zwei Jahren ersetzt werden. Somit gehe ich davon aus, dass die Applikation bereits als kritisch eingestuft wurde.

Fragen:

1. Werden bei der Polizei auch private Smartphones verwendet und waren solche auch betroffen?
2. Warum wurde mit Nevo/Rialto nicht eine sichere Applikation mitentwickelt?
3. Werden die Polizistinnen und Polizisten im Kanton Bern in Bezug auf Datensicherheit nicht genügend geschützt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP)

Beantwortung: SID

Projekt Infrastruktur für die Ausbildung im Bereich Feuerwehr/Zivilschutz

In der Vernehmlassung zur Revision des kantonalen Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzes hat die Region Berner Jura klar zum Ausdruck gebracht, dass in Tramelan ein französischsprachiges Ausbildungszentrum für den Zivilschutz erhalten bleiben muss, und zwar auch dann, wenn der Kanton künftig die Ausbildungszentren zentralisieren will. Diese Vernehmlassung lief bis zum 23. Juni 2023. Nun erhielten die Ausbildungszentren für den Zivilschutz in den fünf betroffenen Regionen ein Schreiben vom 25. Juli 2023, in dem die betroffenen Partner und die Vertreter der Regionen zu Informationsveranstaltungen über den Stand eines Zentralisierungsprojekts für die Ausbildungszentren des Kantons eingeladen wurden. Es scheint, dass der Kanton das Projekt bereits lange vor der Vernehmlassung der Gesetzesänderung geprüft hat und die Regionen heute vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Wir erinnern an dieser Stelle daran, dass die Gemeinden für diese Zentren verantwortlich sind.

Fragen:

1. Wie ist der derzeitige Stand des Projekts?
2. Warum ist auch das französischsprachige Ausbildungszentrum des Zivilschutzes in Tramelan von dieser Zentralisierung betroffen, obwohl es sich um das einzige französischsprachige Zentrum im Kanton handelt, es rentabel ist und gut funktioniert?
3. Falls das Projekt auch für die Französischsprachigen im Kanton umgesetzt werden sollte: Was ist vorgesehen, um eine qualitativ hochwertige Betreuung und Ausbildung in französischer Sprache zu gewährleisten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Ammann (Bern, AL)

Beantwortung: SID

Untersuchung des Gummischroteinsatzes von Biel vom 24. Februar 2023

In Biel wurde nach dem Eishockeyspiel Biel gegen Freiburg eine Person schwer am Auge verletzt. Die Fragen der Interpellation wurden grösstenteils nicht beantwortet mit einem Hinweis auf eine laufende Untersuchung der Staatsanwaltschaft für besondere Aufgaben. Ebenfalls wurde in Aussicht gestellt, dass allfällige interne Massnahmen aufgrund der Erkenntnisse der Untersuchung bekanntgemacht werden.

Fragen:

1. Ist die Untersuchung abgeschlossen?
2. Falls ja: Was sind die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung?
3. Falls nein: Wann ist mit einem Abschluss der Untersuchung zu rechnen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)

Beantwortung: SID

Wie viel Transparenz besteht hinsichtlich der für die automatisierte Fahrzeugfahndung verwendeten Software?

Der Regierungsrat möchte in der laufenden Teilrevision des Polizeigesetzes die gesetzliche Grundlage für die automatisierte Fahrzeugfahndung anpassen und erweitert zudem den Bestand der eingesetzten Überwachungsanlagen.¹

Videoüberwachung zwecks automatisierter Identifikation von Personen oder auch von Fahrzeugen oder Kontrollschildern ist rechtlich und gesellschaftlich sehr heikel. Sie ermöglicht das Sammeln gewaltiger Datenmengen, die bspw. für die Erstellung von Bewegungsprofilen und nachgelagerten Anwendungen genutzt werden können, die gesellschaftlich nicht wünschenswert sind. Besonders problematisch sind das Anhäufen von Daten über einen längeren Zeitraum (Vorratsdatenspeicherung) und der ungezielte Einsatz der Überwachungstechnik.

Es ist anzunehmen, dass die Bestrebungen des Regierungsrates für den Ausbau der automatisierten Fahrzeugfahndung vom Grossen Rat gestützt werden. Zur Schadensbegrenzung ist unabdingbar, dass zumindest maximale Transparenz über die verwendete Software und über deren Anwendung hergestellt wird.²

Fragen:

1. Hat die Kantonspolizei Zugang zum vollständigen Quellcode und zu den Machine-Learning-Modellen der für die automatisierte Fahrzeugfahndung verwendeten Software?
2. Wurde oder wird die Software inkl. Quellcode von unabhängiger Stelle in der Schweiz evaluiert?
3. Ist die Software technisch gesehen auch dafür nutzbar, Personen in oder ausserhalb von Fahrzeugen mit einer geeigneten Datenbank abzugleichen und sie so zu identifizieren?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

¹ Vgl. <https://www.derbund.ch/polizeigesetz-im-grossen-rat-was-der-ausbau-der-fahrzeugfahndung-bedeutet-670971676030>.

² Beispielsweise u. a. durch eine Begleitung von wissenschaftlicher Seite, wie dies an der Mittagsveranstaltung der parlamentarischen Gruppe Digitalisierung vom 7. September 2022 in Zusammenhang mit Gesichtserkennung erläutert wurde.

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Ruch (Bern, Grüne)

Beantwortung: SID

Übertriebene Anwesenheitskontrolle Zentrum Gampelen

Den Bewohnerinnen und Bewohnern des Rückkehrzentrums Gampelen wurde mitgeteilt, dass sie künftig dreimal täglich (Morgen, Mittag, Abend zu festgelegten Zeiten) im Zentrum anwesend sein und dies mit einer Unterschrift bezeugen müssen. Andernfalls werde ihnen die Nothilfe nicht ausbezahlt. Das bedeutet für die Menschen, die dort untergebracht sind, dass sie keine Möglichkeit haben, tagsüber das Zentrum zu verlassen, Deutschkurse zu besuchen oder an einem Mittagstisch teilzunehmen.

Fragen:

1. Hat der Kanton diese neue Regelung verordnet? Was ist der Grund dafür?
2. Wie sollen Menschen in der Nothilfe Deutschkurse, Anwaltstermine oder andere Termine wahrnehmen, wenn sie dreimal täglich im Zentrum anwesend sein müssen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die Lebensbedingungen der Menschen in der Nothilfe, die sowieso schon wenig Perspektiven haben, zumindest nicht noch zu verschlechtern und die Regelung wieder aufzuheben?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 03.09.2023

Eingereicht von: Bohnenblust (Biel, FDP) (Sprecher/-in)
Freudiger (Langenthal, SVP)

Beantwortung: DIJ

Grundbuchämter: Stand der Überprüfung und Anpassungen

In der Beantwortung der Motion 247-2022 «Dringende Überprüfung und Anpassung bei den Grundbuchämtern» wurde ausgeführt, dass die Amtsführung ab Februar 2023 interimistisch an eine externe Unternehmung übergeben wurde. Damit werde die Vakanz in der Leitung des Grundbuchamts nahtlos überbrückt, *«damit Verzögerungen in der Umsetzung der eingeleiteten Massnahmen minimiert und ein zusätzliches Anwachsen von Pendenzen verhindert werden könne»*. Diese Firma, die Res Publica Consulting AG (RPC), wurde auch damit beauftragt, die Neubesetzung der Stelle der Amtsleitung zu unterstützen und gleichzeitig ein Review des bestehenden Führungsmodells vorzunehmen. Zusätzlich wurde die RPC beauftragt, *«im Sinne eines Audits der regionalen Grundbuchämter, die Entwicklung und Gründe für die Pendenzen und Geschäftsrückstände zu überprüfen und Vorgehensvorschläge zu entwickeln»*.

Bei der Grossratsdebatte vom 13. März 2023 wurde von der Direktorin auf die Frage, wann diese Berichte zu erwarten sind, ausgeführt, dass der Auftrag gegeben wurde, bis im Sommer zu rapportieren.

Fragen:

1. Was sind die Haupteckdaten aus dem Bericht Review (zum Führungsmodell) und aus dem Audit (insb. Gründe Pendenzen und Vorgehensvorschläge)?
2. Wurden schon Massnahmen gestützt auf diese Berichte beschlossen und eingeleitet?
3. Konnte ein Anwachsen der Pendenzen verhindert werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Gullotti (Tramelan, SP)

Beantwortung: BVD

Wie stehts um den Radweg Tavannes–Tramelan?

Im regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept für den Berner Jura, genehmigte Version vom April 2021, sind mehrere Projekte aufgeführt, die die Bedeutung einer Radwegverbindung zwischen den Gemeinden Tavannes und Tramelan hervorheben. Im Sachplan Veloverkehr wurde für diesen Abschnitt eine Korridorstudie (Nr. 92) aufgenommen, und ein Vorprojekt ist laut dem Bericht in Arbeit. Diese Massnahme wird in der Planung als prioritär eingestuft (A-Horizont 2024 bis 2027). Sie ist für den Tourismus wichtig, da sie die Freiberge mit dem Mittelland verbinden würde.

Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand des Projekts?
2. Wie sind die Aussichten in Bezug auf die Planung und die Investitionen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne)

Beantwortung: BVD

Klimabelastung durch die Umfahrung Wilderswil und andere Strassenbauten

Die Umfahrung Wilderswil sei «mehr als eine Entlastungsstrasse», betonte am 19. August die Bau- und Verkehrsdirektion (BVD) in einer Medienmitteilung zur Eröffnung der neuen Umfahrungsstrasse. Sie biete «nächsten Generationen Chancen, Verkehrsprobleme gesamtheitlich zu lösen». In der Medienmitteilung wurden auch «Facts und Figures» über das 2 km lange, 70 Millionen Franken teure Bauprojekt verbreitet: Es seien 12 500 Kubikmeter Beton – oder rund 1250 Lastwagenladungen – benötigt worden, 2500 Tonnen Armierungseisen und 9100 Tonnen Asphalt. Im Hinblick auf Chancen und Risiken künftiger Generationen und als Fakten- und Zahlenbasis für gesamtheitliche Lösungsansätze wird der Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

Fragen:

1. Mit wie vielen Tonnen CO₂ und allenfalls weiterer Treibhausgase wurde das Klima durch die Produktion, den Transport und die Einarbeitung der erwähnten Baumaterialien für die Umfahrung Wilderswil belastet (grobe Abschätzungen reichen als Antwort)?
2. Wurde während der Realisierung des Projekts versucht, die Klimabelastung zu vermindern?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die Klimabelastung durch laufende und künftige Strassenprojekte im Interesse der gebotenen Klimaneutralität zu minimieren und den verbleibenden CO₂-Ausstoss zu kompensieren?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP)

Beantwortung: BVD

Bau- und Renovierungsarbeiten im Rahmen des Projekts Avenir Berne Romande: Einbezug von Unternehmen aus der Region

Das AGG vergab am 13. März 2023 die Umbau- und Renovierungsarbeiten für die ehemalige Fabrik Tavannes Machines an einen Generalunternehmer freihändig aufgrund der Dringlichkeitsklausel in Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe d IVöB 2019. Eine zweite Vergabe fand am selben Tag und auf dieselbe Weise für die Umbau- und Renovationsarbeiten der provisorischen Räumlichkeiten in Reconvilier und Loveresse statt, obwohl der Grosse Rat dieses Geschäft noch nicht behandelt hatte und in der Zwischenzeit Änderungen eingetreten sind (Entscheid des Grossen Rates für ein Provisorium in Biel für die Justiz).

Unabhängig von den Fragen, die sich in Bezug auf das Verfahren und das Timing dieser Vergaben angesichts der zu diesem Zeitpunkt anstehenden politischen Entscheidungen stellen, möchten wir wissen, wie die im Bau- und Renovationsbereich tätigen Unternehmen aus dem Berner Jura in diese Verfahren einbezogen wurden und wie geplant ist, sie bei der Ausführung der Arbeiten einzubeziehen.

Fragen:

1. Wie hat das AGG angesichts des freihändigen und dringlichen Verfahrens, das zur Vergabe der oben genannten Umbau- und Renovierungsarbeiten angewandt wurde, den im Berner Jura ansässigen Unternehmen die Möglichkeit gegeben, sich am Vergabeverfahren zu beteiligen?
2. Wie werden das AGG und der ausgewählte Generalunternehmer, der nicht aus dem Berner Jura stammt, angesichts der Bedeutung der Arbeiten und ihrer unbestreitbaren regionalen Dimension die Unternehmen der Region in die Arbeiten einbeziehen?
3. Wie werden Unternehmen aus dem Berner Jura bei der Vergabe der Bauarbeiten für ein neues Justiz- und Polizeizentrum in Reconvilier an den Ausschreibungen teilnehmen können?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 24

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Jeanneret (Sankt Immer, FDP)

Beantwortung: BVD

Garten und Mauer des Regierungsstatthalteramts Berner Jura in Courtelary – Stand und Kosten

Das Gebäude des Regierungsstatthalteramts Berner Jura mit Sitz in Courtelary wurde renoviert, wodurch das Gebäude seinen historischen Glanz zurückerhält und ein starkes Symbol für die dezentralisierte Verwaltung darstellt. Wie nach allen Bauarbeiten müssen auch hier Feinarbeiten durchgeführt und Verbesserungen vorgenommen werden.

Seitdem musste die Umfassungsmauer mehrmals erneuert werden, da sie Anzeichen von vorzeitiger Abnutzung zeigte. Ebenso wurde der Garten mit seinem eleganten Teich völlig neu gestaltet. Die Beete werden nicht mehr wie früher gepflegt, und Blumen und Hecken sind einer Blumenwiese gewichen, deren Höhe manchmal beträchtlich ist, was dem offiziellen Gebäude kein besonders einladendes Aussehen verleiht. Ein eindeutiges Zeichen dafür: Im Regierungsstatthalteramtsgebäude ist auch das Standesamt untergebracht, und seit den Veränderungen werden die Hochzeitsfotos nicht mehr wie früher vorne im Garten gemacht. Der Innenhof wird bevorzugt, was zeigt, dass die neue Gartenlandschaft nicht allen gefällt.

Fragen:

1. Wie viel haben die Arbeiten, einschliesslich der Ausbesserungen an der Mauer, gekostet?
2. Ist die Regierung der Ansicht, dass der Garten in seiner derzeitigen Gestaltung und Pflege ein gutes Bild dieses historischen Amtsgebäudes vermittelt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 25

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Lindegger (Roggwil, Grüne)

Beantwortung: BVD

Beschwerden blockieren die Verkehrssanierung Aarwangen

In einer Medienmitteilung der BVD vom 24. August 2023 wird der Stand in den Verfahren der beiden Verkehrssanierungen (Emmentalwärts/Aarwangen) beschrieben. Bereits vor den Abstimmungen im März 2023 war klar, dass sich die Umsetzung der Projekte durch die Beschwerden verzögern wird. In der entsprechenden Informationssitzung am 24. August im Tierlihaus Aarwangen machte Regierungsrat Christoph Neuhaus die Aussage, dass er (die BVD?) seit dem 12. März 2023 nicht mehr in der Verantwortung stehe bezüglich der Ortsdurchfahrt Aarwangen. Anschliessend machte er für zukünftige Unfälle sehr direkt die Beschwerdeführenden verantwortlich. Diese Aussagen wurden in der Informationssitzung bestritten und führten zu einer kontroversen Diskussion. Zusätzlich wurde von Regierungsrat Neuhaus behauptet, dass die Bahnbetreiberin asm (Aare Seeland Mobil) mit einem schriftlichen Entgegenkommen der Beschwerdeführenden gewisse Realisierungen vorziehen könnte. Verschiedene Fragen müssen hier geklärt werden. Neben verschiedenen Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten und Verbandsvertretern und Verbandsvertreterinnen waren u. a. auch die Grossräte Reto Müller, Peter Haudenschild und Samuel Leuenberger bei der Informationssitzung anwesend.

Fragen:

1. Wer trägt für allfällige Unfälle in Aarwangen (bis zur Neugestaltung der Ortsdurchfahrt) die Verantwortung?
2. Können die Beschwerdeführenden in die Verantwortung genommen werden?
3. Kann ein schriftliches Entgegenkommen der Beschwerdeführenden gewisse Realisierungen der asm (Aare Seeland Mobil/Bahnbetreiber) ermöglichen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Wandfluh (Kandergrund, SVP) (Sprecher/-in)
Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortung: WEU

Hundetaxe bei Herdenschutzhunden

Herdenschutzhunde leisten einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Nutztieren bei der Beweidung von abgelegenen Tierherden. Bei Lawinenschutzhunden oder anderen Diensthunden kann auf die Erhebung der Hundetaxe verzichtet werden. Die Kosten für den Herdenschutz sind sehr hoch, und es werden von Bund und Kanton längst nicht alle Kosten übernommen. In manchen Gemeinden beträgt die Hundetaxe pro Hund 150 Franken. Um eine Schafherde zu schützen, sind mehrere Hunde nötig, so dass die Kosten für die einzelnen Tierhalterinnen und Tierhalter mehrere hundert Franken betragen können.

Fragen:

1. Kann der Kanton Bern die Hundetaxe bei Herdenschutzhunden aussetzen?
2. Wenn ja: Ist der Kanton bereit, die nötigen Änderungen zu vollziehen?
3. Wenn nein: Was müsste wo angepasst werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Bossard-Jenni (Oberburg, EVP)

Beantwortung: WEU

Katzenhaltung und deren negative Effekte auf Dritte

Wer sich ein Haustier anschafft, hat damit gewisse Pflichten zu erfüllen und für sein Tier zu sorgen. Zudem haften Haustierhalterinnen und Haustierhalter prinzipiell für Schäden, die ihr Haustier verursacht. Sobald sich Katzen im Freien aufhalten, haben Katzenhalter/-innen naturgemäss keinen grossen Einfluss mehr auf die Tätigkeit ihrer Tiere. Katzen verursachen auf verschiedenen Ebenen negative Effekte und Schäden. Ein paar Beispiele: Wenn sich Katzen im Garten von Allergikerinnen und Allergikern bewegen und es sich auf den Gartenmöbeln bequem machen, entstehen für Allergiker/-innen grosse Aufwände (Schäden), die betroffenen Möbel und Textilien von den Katzenhaaren zu befreien, um sich keinem gesundheitlichen Risiko auszusetzen. Nachbarn finden Katzenkot in ihrem Garten und müssen diesen beseitigen, obwohl sie selbst keine Katze haben. Katzen schaden mit ihrem Jagdinstinkt der Biodiversität, indem sie Vögel, Blind-schleichen, Schmetterlinge usw. töten. Oftmals kann das verursachende Tier nicht eindeutig bestimmt werden, und selbst wenn die Verursacherin oder der Verursacher bestimmt werden kann, haben Geschädigte wenig Möglichkeiten, diesen haftbar zu machen.

Fragen:

1. Welchen gesetzlichen Spielraum hat der Kanton Bern, die negativen externen Effekte von Katzen auf deren Halter/-innen zu überwälzen?
2. Welche Möglichkeiten haben betroffene Allergiker/-innen, sich gegen Schädigung durch Katzen zu wehren?
3. In welchen Gesetzen wird das Halten von Katzen reguliert?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Pauli (Nidau, FDP)

Beantwortung: WEU

KAE während COVID-Zeit: Welche Bearbeitungsfristen für die Nachzahlung auf Lohnanteilen für Ferien- und Feiertagsansprüche?

Im Juli 2022 erhielten die Unternehmen, die im Zeitraum 2020-2021 KAE (Kurzarbeitsentschädigung) bezogen hatten, ein Schreiben vom Staatssekretariat für Wirtschaft, das sie (infolge eines Bundesgerichtsentscheids) über ihr Recht auf Nachzahlung von Kurzarbeitsentschädigung auf monatliche Lohnanteile für Ferien- und Feiertagsansprüche in Kenntnis setzte. Die Frist für die Einreichung der Gesuche wurde zuerst auf den 31. Oktober 2022 festgelegt und dann bis am 31. Dezember 2022 verlängert.

Einige Unternehmen haben die angegebenen Summen erhalten, andere warten immer noch darauf.

Es gibt Unternehmen, die sich beklagen, dass ihr Gesuch bis heute noch nicht bearbeitet wurde. Die Kantonsbehörden sollen dies mündlich unter anderem mit einer grossen Arbeitslast und einem Wechsel des Betriebssystems, mit dem die Gesuche bearbeitet werden, begründet haben.

Das Geschäftsleben hat wieder Fahrt aufgenommen, und es kann davon ausgegangen werden, dass die Zeit des COVID hinter uns liegt. Deshalb brauchen die Unternehmen mehr denn je Mittel, um zu investieren, ihre Aktivitäten anzukurbeln und weiterzuentwickeln.

Da die Behörden bereits im Besitz der meisten dieser eingereichten Informationen waren, ist die lange Behandlungsdauer der Dossiers schwer nachzuvollziehen.

Dass die Unternehmen im Kanton Bern nicht gleichbehandelt werden, ist schwer zu rechtfertigen, zumal die Unternehmen in anderen Kantonen die Zahlungen bereits erhalten haben. Zudem ist es schwer verständlich, dass die kantonale Verwaltung es sich erlaubt, diese Dossiers mit einer so langen Frist zu bearbeiten, ohne die Öffentlichkeit offiziell darüber zu informieren.

Fragen:

1. Wann können die Berner Unternehmen, die auf diese Gelder warten, mit dem Erhalt der Nachzahlungen rechnen?
2. Wie kann der Regierungsrat Druck auf die Behörden ausüben, um die Behandlung der Dossiers und die Auszahlungen an die Unternehmen zu beschleunigen?
3. Ist eine Entschädigung, etwa in Form eines Verzugszinses, für die betroffenen Unternehmen vorgesehen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 23

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Ruch (Bern, Grüne)

Beantwortung: WEU

Steigende Strompreise

Ende August teilte die BKW mit, dass sie die Strompreise um 22 Prozent erhöht. Als Grund werden die anhaltend hohen Strommarktpreise, die Hitzeperioden und dadurch verringerte Produktion von Strom aus Wasserkraft, aber auch der Um- und Ausbau des Stromnetzes für die Energiewende, insb. das Smart Metering, genannt. Es stellt sich die Frage, wie berechtigt diese Abwälzung auf die Konsumentinnen und Konsumenten ist – und wie der Regierungsrat gedenkt, den unteren Mittelstand bei der Bewältigung dieser Preiserhöhung zu unterstützen.

Fragen:

1. Ist die geplante Preiserhöhung berechtigt?
2. Wäre es der BKW insbesondere nach dem Milliarden Gewinn 2022 nicht zuzumuten, die höheren Kosten selbst abzufedern?
3. Für den unteren Mittelstand ist die Erhöhung der Strompreise angesichts der steigenden Mieten, höheren Krankenkassenprämien und der allgemeinen Teuerung schwierig zu bewältigen. Wie plant der Regierungsrat, insbesondere Familien zu unterstützen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 27

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Ruch (Bern, Grüne)

Beantwortung: WEU

Mietzinse Kanton Bern

Die Mieten steigen schweizweit stark, nicht erst, seit der Referenzzinssatz erhöht wurde – in den letzten 20 Jahren gemäss Medienberichten um rund 30 Prozent. In den Städten ist die Leerwohnungsziffer seit Jahrzehnten tief, und es ist immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. In Artikel 40 der Kantonsverfassung steht: «Kanton und Gemeinden treffen Massnahmen für die Erhaltung preisgünstiger Wohnungen und für die Verbesserung ungenügender Wohnverhältnisse. Sie fördern den preisgünstigen Wohnungsbau.»

Fragen:

1. Wie viele Mieterinnen und Mieter gibt es im Kanton Bern (absolut/Anteil aller Haushalte)?
2. Welche weiteren Erhebungen macht der Kanton im Bereich Mieten, Mietzinssteigerungen, Eigentumsverhältnisse usw.?
3. Wie gedenkt der Regierungsrat, Artikel 40 der Kantonsverfassung umzusetzen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 14.06.2023

Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP)

Beantwortung: STA (JDR)

Welche Aufgaben hat der Vizestaatsschreiber an Wandelhallenbesprechungen der Deputation?

In der Sommersession debattierte der Grosse Rat über den Kredit für die provisorische Unterbringung von Justiz und Polizei im Rahmen des Projekts «Avenir Berne romande». In einem Medienbeitrag, der am 7. Juni online³ und am nächsten Tag im Print erschien, ist ein Foto zu sehen, auf dem die Deputation eine Wandelhallenbesprechung durchführt. Auf dem Bild ist auch der Vizestaatsschreiber zu sehen, wie er an der Sitzung teilnimmt.

Das Bild wurde in der Sommersession im Vorfeld der erwähnten Debatte aufgenommen. Dem Vernehmen nach nahm der Vizestaatsschreiber schon in der Frühlingssession, als dasselbe Kreditgeschäft im Grossen Rat behandelt wurde, an einer Wandelhallenbesprechung der Deputation teil.

Fragen:

1. Welchen Status hat die Funktion des Vizestaatsschreibers (gewählte Funktion, normale Anstellung, Magistratsperson usw.)?
2. In wessen und mit welchem Auftrag nimmt der Vizestaatsschreiber an Besprechungen der Deputation teil?
3. Findet es der Regierungsrat adäquat, dass Verwaltungsangehörige in einem so heiklen Geschäft den Anschein erwecken, in die internen Besprechungen eines Ratsorgans involviert zu sein?

Verteiler

- Grosser Rat
- Staatskanzlei (Juradelegation des Regierungsrates)

³ <https://www.bernerzeitung.ch/baugeschaefte-endet-in-hitziger-debatte-ueber-den-berner-jura-336623440982>.

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Bösiger (Niederbipp, SVP) (Sprecher/-in)
Lerch (Langenthal, SVP)
Leuenberger (Bannwil, SVP)

Beantwortung: GSI

Aktuelle Situation der Kollektivunterkunft für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Wolfisberg

Bei der Kollektivunterkunft Wolfisberg läuft der Mietvertrag des Kantons mit dem Eigentümer seit 01.08.2023. Bis dato sind noch keine Asylbewerberinnen und Asylbewerber eingezogen.

Fragen:

1. Was sind die Gründe, dass noch keine Asylbewerberinnen und Asylbewerber eingezogen sind?
2. Wird der ganze Mietzins trotz der Nichtbelegung zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ausbezahlt?
3. Ab wann ist mit welcher Belegungszahl zu rechnen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)

Beantwortung: GSI

Küchenmaterial der psychiatrischen Klinik Bellelay

Die psychiatrische Klinik ist von Bellelay nach Moutier umgezogen. Jeder kennt die Geschichte des Umzugs, der Entscheidungen und des Prozesses, eine neue Nutzung für den Standort Bellelay zu finden. Es liegen mehrere Vorschläge auf dem Tisch, und das Ziel ist eindeutig, den Standort Bellelay wiederzubeleben.

Das Gebäude steht leer, das ist normal. Aber die Bevölkerung, die Einheimischen waren erstaunt, als sie (nach dem Umzug der Klinik) Mulden voller Material und Küchenutensilien in perfektem Zustand sahen, die für die Entsorgung bestimmt waren!

In den sozialen Netzwerken riefen einige zur Rettung auf. Die Leute kamen und bedienten sich. Wenn jemand derzeit die Räumlichkeiten mieten und Essen kochen oder auch nur ein Glas Wasser trinken möchte, ist das nicht möglich, alles ist leer.

Fragen:

1. Wem gehörte das Material?
2. Wer hat angeordnet, alles wegzuwerfen?
3. Warum wurde diese Entscheidung getroffen, obwohl die Zukunft von Bellelay noch offen ist?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Roggli (Rüschegg Heubach, Die Mitte)
(Sprecher/-in)
Aebi (Hellsau, SVP)

Beantwortung: GSI

Hilfsfristen Rettungshelikopter

Im Kanton Bern sind verschiedene Organisationen/Firmen mit Rettungshelikoptern im Einsatz. Diese Rettungsmittel sind eine wichtige Ergänzung zu den bodengebundenen Rettungs- und Notarztwagen. Die Einsatzzeiten der bodengebundenen Mittel sind der GSI bekannt und können auch veröffentlicht werden. Anders scheint es bei den Einsatzzeiten der Rettungshelikopter zu sein, diese Daten scheinen nicht öffentlich einsehbar zu sein.

Fragen:

1. Wie sind die Einsatzzeiten der Rettungshelikopter in den letzten 24 Monaten? (Genaue Auflistung von Zeit der Alarmierung bis Start Helikopter und Eintreffen am Einsatzort).
2. Welche Anbieter von Rettungshelikoptern zeigen kürzere Ausrück- und Einsatzzeiten (Eintreffen am Einsatzort), und bei welchen Anbietern sind längere Zeiten messbar?
3. Mit welchen Massnahmen stellt die GSI sicher, dass bei der Alarmierung von Rettungshelikoptern die kürzesten Alarmierungs- und Einsatzzeiten sichergestellt werden und die entsprechend schnellsten Mittel aufgeboden werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 03.09.2023

Eingereicht von: Remund (Mittelhäusern, Grüne)

Beantwortung: BKD

Lehre Solarinstallateurin und Solarinstallateur

Auf Herbst 2024 wird eine neue Lehre als Solarinstallateurin und Solarinstallateur eingeführt. Dies ist sehr erfreulich und wird helfen, den Fachkräftemangel in diesem Bereich zu dämpfen.

Die Vorbereitungen bei den Verbänden Swissolar, Gebäudehülle Schweiz, Polybau und den Kantonen laufen seit einiger Zeit. Die Lehre als Solarinstallateurin und Solarinstallateur wird ins Berufsfeld Gebäudehülle integriert. Geplant war bislang eine Lösung mit drei Ausbildungszentren (Uzwil, Grenchen, Les Paccots) und mit Blockkursen.

Der Kanton Bern scheint nun – relativ spät im Prozess – eine Lösung zu priorisieren, bei der die Lehre im Kanton Bern selbst angeboten werden soll (beim Teclab in Burgdorf). Dies hat Vorteile für die Lernenden und macht die Lehre im Kanton Bern attraktiver. Der Entscheid bringt aber auch Nachteile bezüglich der Organisation der Lehre für die Fachorganisationen und die restlichen Kantone. Diese wurden über die Entscheidung erst sehr spät informiert und nicht beigezogen. Sie müssen nun kurz vor dem Start der Lehre (in weniger als einem Jahr) die Planung neu justieren.

Fragen:

1. Welche Vor- und Nachteile sieht der Regierungsrat bei der kantonalen Lösung insbesondere bezüglich den 10 bestehenden Berufen im Berufsfeld Gebäudehülle?
2. Von welchem Mengengerüst bezüglich Lernenden geht der Regierungsrat aufgrund der in Frage kommenden Ausbildungsbetriebe im Kanton Bern aus?
3. Wäre ein späterer Beginn der Lehre (z. B. ab 2026) beim Teclab eine Option?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 01.09.2023

Eingereicht von: von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)

Beantwortung: BKD

Zu wessen Lasten geht die Finanzierung des Neubaus fürs Kunstmuseum Bern?

Im Juli 2021 teilten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Bern und der Stiftung Kunstmuseum Bern sowie der Mäzen Hansjörg Wyss an einer Medienkonferenz mit, dass sie die Realisierung eines Ersatzneubaus für das Kunstmuseum Bern anstreben, wobei gemäss Finanzierungsplan der Kanton die Hälfte der Kosten berappe. Der Regierungsrat war an besagter Medienkonferenz nicht vertreten.⁴

Gemäss Antrag der Regierung zum Budget 2024 (BU 2024) und zum Aufgaben- und Finanzplan 2025–2027 (AFP 2025–2027) sind in der gesamtkantonalen Investitionsplanung (GKIP) nun 57,6 Millionen Franken für den Neubau des Kunstmuseums und für die Sanierung des «Stettlerbaus» eingestellt. Den publizierten Dokumenten⁵ ist nicht zu entnehmen, wie hoch genau der Anteil für das Kunstmuseum ist. Zudem ist unklar, ob weitere Kosten anfallen, die direkt der Erfolgsrechnung belastet werden.⁶

Da der Kantonsbeitrag an den Neubau fürs Kunstmuseum nun (auch) in der GKIP eingestellt ist, steht dieser in direkter Mittelkonkurrenz zu anderen Hochbauinvestitionsvorhaben des Kantons. Im Rahmen der ersten Priorisierung der Hochbauinvestitionen wurde 2021 eine Neuverschuldung von 500 Millionen Franken akzeptiert. Wie dem Antrag der Regierung zu BU 2024 und zum AFP 2025–2027 zu entnehmen ist, ist die Investitionsliste mittlerweile nochmals deutlich umfangreicher geworden,⁷ weswegen eine erneute Priorisierung nötig wurde. Trotzdem ist bereits jetzt klar, dass der Neuverschuldungsrahmen von 500 Millionen Franken bei weitem nicht eingehalten werden kann und dass der Kanton seine Investitionen deswegen weiter priorisieren müssen. Gemäss einer früheren Antwort des Regierungsrats ist eine BKD-interne Kompensation der Mittel für den Neubau fürs Kunstmuseum nicht möglich.⁸

Fragen:

1. Welcher Betrag ist in welchen Jahren in der GKIP und im Budget für die Erfolgsrechnung für den Neubau fürs Kunstmuseum eingestellt?
2. Welche Investitionsvorhaben (der BKD) wurden umpriorisiert (Verzicht oder Aufschiebung), um in der GKIP und im Budget für die Erfolgsrechnung Platz für den Neubau fürs Kunstmuseum zu schaffen?
3. Ist der Betrag gemäss Frage 1 das Ergebnis einer Verhandlung oder ein eingeforderter Betrag?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

⁴ Vgl. Anfrage 6 der Wintersession 2021, <https://www.rgr-service.apps.be.ch/api/gr/documents/document/b9892f348f644bb2a83dcd5047db02da-332/14/Beilage-Anfragenantworten-08.12.2021-de.pdf>, S. 11 f.

⁵ Siehe <https://www.fin.be.ch/de/start/themen/Finanzen/budget-und-aufgaben-finanzplan.html>.

⁶ Vgl. Antwort auf Frage 1 von Anfrage 6 der Wintersession 2021 sowie Begründung in der Excel-Datei zur GKIP.

⁷ Unter anderem wegen bisher nicht eingestellter Vorhaben wie des Projekts «Avenir Berne romande».

⁸ Vgl. Antwort auf Fragen 2 und 3 von Anfrage 6 der Wintersession 2021.

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Remund (Mittelhäusern, Grüne)

Beantwortung: BKD

Wird der Mangel an Schulraum an den Gymnasien der Region Bern durch die Spez.-Sek. Lerbermatt verschärft?

An den Gymnasien der Region Bern besteht bekanntlich ein Mangel an Schulraum. Deswegen werden Gymnasiastinnen und Gymnasiasten heute, teils über grössere Distanz, in provisorischen Schulraum ausserhalb des eigentlichen Schulareals geschickt, um dort unterrichtet zu werden. Der Kanton muss weiteren provisorischen Schulraum im Business Park Liebefeld schaffen. Die Settings mit verschiedenen Schulstandorten kosten Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen viel Zeit und generieren grossen administrativen Aufwand für die Schulen. Dem Vernehmen nach erhalten 27 Klassen des Gymnasiums Lerbermatt im Schuljahr 2023/2024 einen Teil ihres Unterrichts im Wankdorf, am anderen Ende der Stadt.

In der Schulanlage Lerbermatt werden siebte und achte Volksschulklassen (die sog. Spez.-Sek. Lerbermatt) geführt. Diese Klassen beanspruchen in der Schulanlage Lerbermatt Schulraum. Dazu zählen die Klassenzimmer, die Unterrichtsräume für technisches und textiles Gestalten, die Mitbenutzung von Fachräumen, der Sportinfrastruktur und der Mensa.

Dieser Schulraum steht entsprechend nicht für den gymnasialen Unterricht oder für die Fachmittelschule (FMS) Lerbermatt zur Verfügung.

Fragen:

1. Wie viele Klassen des Gymnasiums Lerbermatt oder der FMS Lerbermatt werden derzeit regelmässig für einen Teil der Lektionen ausserhalb des Schulstandorts Lerbermatt unterrichtet?
2. Wie viele Wochenlektionen verteilt auf wie viele Räume belegt die Spez.-Sek. Lerbermatt in der Schulanlage Lerbermatt?
3. Werden die Schülerinnen und Schüler in allen anderen Gemeinden als Köniz benachteiligt, weil für sie kein einem Gymnasium angegliedertes Angebot wie die Spez.-Sek. Lerbermatt besteht?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 26

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Pichard (Biel, GLP)

Beantwortung: BKD

Zahl der Lehrerinnen und Lehrer mit seminaristischer Ausbildung ohne NDS auf der Sekstufe I

Frage:

- Wie viele Lehrkräfte mit seminaristischer Ausbildung ohne NDS arbeiten derzeit im Kanton Bern auf der Sekundarstufe I und erhalten einen Stufenabzug von 10 Prozent?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 30.08.2023

Zurückgezogen am: 31.08.2023

Eingereicht von: Reinhard (Thun, FDP)

Beantwortung: FIN

Verträge mit Leistungserbringern: Akzeptanz von Qualitätszertifikaten

Der Kanton Bern schliesst Leistungsverträge mit verschiedenen Organisationen und Unternehmen ab, wobei häufig Qualitätsstandards festgelegt werden. Ebenso wird fast immer die Vorlage anerkannter Qualitätszertifikate, wie beispielsweise die ISO-Zertifizierung, gefordert. Diese anerkannten Zertifikate unterliegen umfassenden Audits durch renommierte Qualitätsmanagement-Firmen. Die Ergebnisse dieser Audit-Prüfungen werden dem Kanton zur Verfügung gestellt, wie dies oft in den Leistungsverträgen auch verlangt wird. Sowohl für die Inhaber der Zertifikate als auch für die Prüfbehörden sind solche Audits sehr zeit- und ressourcenintensiv.

Einige Leistungserbringer haben berichtet, dass die Verwaltung des Kantons oft eine Art eigenes «Audit» durchführt. Dies geht häufig mit erheblichem Aufwand auf beiden Seiten einher – sei es finanziell oder personell. Es ist ebenso bemerkenswert, dass ähnliche Fragen gestellt werden, die bereits im offiziellen Audit der Zertifizierungsstelle behandelt wurden. Hier könnte eine Reduzierung der Bürokratie erreicht werden, indem die Anforderungen an die gewünschten Qualitätsstandards sinnvoll festgelegt werden und anschliessend Vertrauen in die vorhandenen Zertifikate gesetzt wird.

Fragen:

1. Gibt es koordinierte Vorgaben seitens der zuständigen Stelle, die Leistungsverträge mit Organisationen/Unternehmen vorbereitet, verhandelt und abschliesst, bezüglich der sinnvollen QM-Zertifikate, die von den Leistungserbringern gefordert werden?
2. Verfügt der Kanton über eine QM-Verantwortliche oder einen QM-Verantwortlichen, der/die die übliche Rolle im privaten Sektor übernimmt und eine QM-Strategie, -Planung, -Steuerung und -Kontrolle durchführt?
3. Wie bewertet der Regierungsrat das Potenzial für Kosteneinsparungen, wenn den externen QM-Zertifikaten Vertrauen geschenkt wird und umfangreiche Prüfungen bei den Leistungserbringern reduziert werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

Anfragen Herbstsession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 04.09.2023

Eingereicht von: Kohler (Meiringen, Grüne)

Beantwortung: FIN

Einführung SAP

Die Einführung von SAP läuft in verschiedenen Direktionen nicht ohne Nebengeräusche ab, insbesondere im Personalwesen und im Rechnungswesen. Prozesse hätten mit der Einführung von SAP angepasst werden müssen. Aussenstellen können beispielsweise den Prozess der verspäteten Mahnläufe nicht unterstützen, da er zentralisiert wurde, sind aber mit Anfragen von Kunden konfrontiert. Schon mit der Einführung der ersten Etappe ist das Personal deshalb sehr stark gefordert. Nun soll die zweite Etappe der Einführung gestartet werden unter dem Druck, dass gleichzeitig Personal eingespart werden soll. Das führt zu Verunsicherung. Es entsteht der Eindruck, dass bezüglich der Einführung von SAP zwischen der Gesamtprojektleitung und den ausführenden Amtsstellen und Teilprojektleitungen gegensätzliche Einschätzungen zum Stand des Projekts bestehen.

Fragen:

1. Hat die Gesamtprojektleitung Kenntnis über Prozesse, die nur unter zusätzlichem Personalaufwand möglich sind, um das Tagesgeschäft bewältigen zu können?
2. Wie hoch sind die nicht budgetierten aktuellen Mehraufwände, die schon jetzt entstanden sind und auch weiterhin noch anfallen werden?
3. Was sind die Risiken, wenn man die zweite Etappe der Einführung SAP pausieren oder aussetzen würde?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion